

Die Deutschbalten – Hindernis für eine Annäherung zwischen Lettland und dem Dritten Reich?

von Falk Lange

Die deutschbaltische Volksgruppe in Lettland bildete einen zahlenmäßig kleinen, aber wirtschaftlich einflußreichen Teil der Bevölkerung des Landes. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1935 waren nur 3,19% der lettländischen Bevölkerung Deutsche, was einer Gesamtzahl von 62 144 Personen entsprach. Jedoch zahlten die Deutschbalten 1934 16,2% der Einkommensteuer in Lettland, was auf ihre starke wirtschaftliche Position hindeutet. In Lettlands Hauptstadt Riga lebten mehr als 60% der Volksgruppe, die damit ca. 10% der Einwohnerschaft dieser Großstadt ausmachten.¹

Die lettische Agrarreform, die mit dem Agrargesetz vom 16. September 1920 eingeleitet wurde, verringerte den Anteil des deutschen Landbesitzes, der noch zu Beginn des Jahrhunderts 2,4 Mio. ha und damit 48% des gesamten Landes ausgemacht hatte, auf 62 000 ha (1,3% der Fläche) im Jahre 1933. Während um die Jahrhundertwende 30% der deutschbaltischen Bevölkerung auf dem Lande in Intelligenzberufen (z.B. Pastoren, Doktoren, Apotheker, Förster) oder als Gutsbesitzer und -verwalter tätig gewesen waren, fanden 1933 nur noch 17% der Volksgruppe ihr Einkommen auf dem Lande, von denen ein erheblicher Teil Kleinbauernhöfe bewirtschaftete.² Die aus der Einschränkung der wirtschaftlichen Möglichkeiten resultierende Landflucht wurde zum großen Teil durch sich in deutschbaltischem Besitz befindliche Firmen und Betriebe in den Städten Lettlands, insbesondere in Riga, aufgefangen. Die Deutschbalten waren ausgesprochen aktiv in Handel und Industrie, wo sie einen hohen Anteil der Angestellten und selbständigen Unternehmer stellten. Doch auch in den freien Berufen war ihr Anteil überproportional hoch.³ Die Kapital-

¹ National Archives of the U.S. (NA), Micro Copy T-120/3884/K258/K077937, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; Arnolds Aizsilnieks, *Latvijas saimniecības vēsture 1914–1945* (Die Geschichte der Wirtschaft Lettlands 1914–1945). Stockholm 1968, S. 605; Gert von Pistohlkors, *Estland, Lettland und Litauen 1920–1940*, in: *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 6: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987, S. 737.

² NA, T-120/3884/K258/K077745-K077766, Bericht Gesandtschaft Riga Zur Frage der Bodenständigkeit des deutschen Volkstums in Lettland vom März 1933.

³ Piotr Łossowski, *National Minorities in the Baltic States 1919–1940*, in: *Acta Poloniae Historica* 25 (1972), S. 91; Pistohlkors, *Estland* (wie Anm. 1), S. 744. Eine Aufstellung, die durch die statistische Verwaltung Lettlands anlässlich der Umsiedlung

summe, die in deutschbaltischen Händen konzentriert war, ist nicht zuverlässig festzustellen, da sich reichsdeutsche, deutschbaltische und lettische Stellen selbst nach der Umsiedlung im Winter 1939 nicht auf eine einheitliche Summe einigen konnten. Neuere Untersuchungen sprechen von einem Gesamtwert des deutschbaltischen Vermögens in Est- und Lettland von mehr als 740 Mio. RM.⁴ Selbst im Juli 1940 vermutete das Auswärtige Amt noch ca. 80 Mio. RM als Umsiedlerguthaben auf den Konten der für die Abwicklung der wirtschaftlichen Ansprüche der Umsiedler zuständigen Treuhandgesellschaften – in Lettland die Umsiedlungs-Treuhand-Aktiengesellschaft (UTAG).⁵

Eines der Hauptziele der autoritären Ulmanis-Regierung war ab Mai 1934 die Ausschaltung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der in Lettland lebenden Minderheiten.⁶ Die zugrundeliegenden Ressentiments kamen z.B. in einem Artikel der lettischen Zeitung „Latvis“ vom 14. Januar 1934 zum Ausdruck, welcher den Parlamentarismus *und* die Minderheiten für die schwierige Lage des Landes verantwortlich machte: „It is not by chance that in countries which are conglomerations

der Deutschen aus Estland und Lettland vorgenommen wurde, bestätigt dieses Bild. Latvijas Valsts vēstures arhīvs (Historisches Staatsarchiv Lettlands) (LVVA), 5969/1/389, S. 3, Bericht der statistischen Verwaltung Nr. 974 an Ulmanis vom 24. 04. 1940.

⁴ Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltischdeutscher Geschichte. Marburg a.d.L. 1984, S. 136.

⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Handakten Ha, Akten betreffend Azoren, Baltikum, Belgien, Brasilien (Handakten Ritter) (1939–1944), Aufzeichnung Unsere wirtschaftlichen Interessen in den baltischen Staaten vom 06. 07. 1940; Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 136ff. In einer neueren lettischen Untersuchung wird für das Jahr 1935 ein Anteil des deutschen Kapitals an Aktiengesellschaften von 35% angegeben, wobei wiederum nicht zwischen reichsdeutschem und volksdeutschem Kapital unterschieden wird: Aivars Straume, Starptacionālās attiecības Latvijā (1920–1940) (Zwischennationale Beziehungen in Lettland (1920–1940)), in: Pretstatu cīņā. Latvija 1917–1950. (Im Kampf der Gegensätze. Lettland 1917–1950). Rīga 1990, S. 161.

⁶ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 39, meint dazu: „Das stark entwickelte nationale Selbstbewußtsein der Esten und Letten reagierte auf die sich mehrenden Schwierigkeiten überaus empfindlich und suchte seine Befriedigung vielfach, abseits der anstehenden, einer Lösung harrenden Probleme, in einer Auseinandersetzung mit dem alten deutschen Gegner, dessen Einfluß und Bedeutung immer noch als zu groß angesehen und als unerträglich betrachtet wurde.“ Neben diesen inneren, insbesondere wirtschaftlichen Problemen Lettlands waren es aber auch die Ängste vor dem deutschen „Drang nach Osten“ und den Deutschbalten als „Fünfte Kolonne“, die als Gründe für die lettische Gesetzgebung anzusehen sind. Vgl. Inesis Feldmanis, Mazākumtautību politika Latvijā kā politiskās kultūras izpausme (1918–1939) (Die Minderheitenpolitik in Lettland als Ausdruck politischer Kultur (1918–1939)), in: Vācu faktors Latvijas vēsturē. Zinātnisko rakstu krājums (Der deutsche Faktor in der lettischen Geschichte. Wissenschaftlicher Sammelband). Rīga 1992, S. 32; vgl. auch Aizsilnieks, Vēsture (wie Anm. 1), S. 829.

of nationalities, the modern parliamentarism is facing bankruptcy. For such countries parliamentarism is a millstone round their neck – and is bringing them to ruin. The abolition of the unlimited power of Parliament in Latvia will be tantamount to the liquidation of the political and economic influence of minorities in our country.“⁷ Unter diesen waren es besonders die Deutschbalten, welche dieses Streben nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch wirtschaftlich zu spüren bekommen sollten. Die Wertung eines Betroffenen, der sowohl Zeitzeuge als auch Historiker ist, lautet folgendermaßen: „Die nach oben und in die Führung gelangten lettischen und estnischen Bevölkerungsschichten strebten nicht nur nach einer Befestigung ihrer errungenen politischen Stellung, sondern waren bemüht, diese immer weiter auszubauen und auch wirtschaftlich durch die Mehrung des eigenen Besitzes, oft bedenkenlos und mit allen Mitteln – vor allem auf Kosten des bisher führenden und besitzenden Deutschtums – zu erweitern.“⁸

Die vom Auswärtigen Amt konstatierte „Lettisierung“ bzw. „Entdeutschung“ der Wirtschaft⁹ in Lettland fand einen ersten Höhepunkt mit der Gründung der „Latvijas Kreditbanka“ am 9. April 1935 und dem Gesetz zur Liquidierung nicht arbeitender Aktien- und Anteilgenossenschaften sowie den Bestimmungen über die Liquidierung von Handels- und Industrieunternehmen vom Oktober 1938. Durch eine willkürliche Entscheidung des Ministerkabinettes wurde es der „Kreditbanka“ möglich, ein in Zahlungsschwierigkeiten geratenes Unternehmen zu liquidieren, wobei die Praxis bewies, daß auch sanierungsfähige oder gar wirtschaftlich gesunde Unternehmen „im Interesse der Staatssicherheit“ der Bank zur Abwicklung zugewiesen wurden.¹⁰ Andere Maßnahmen der lettischen Regierung wie die Entlassung deutschbaltischer Beamter, Schikanen bei der Erteilung von Importlizenzen und der Besteuerung deutscher Unternehmen, die Gesetze zur Begrenzung der Anzahl deutschbaltischer Juristen vom 31. Januar 1935 und zur Erschwerung des Landkaufs vom 25. Febru-

⁷ Zit. nach Łossowski, *Minorities* (wie Anm. 3), S. 106.

⁸ Hehn, *Umsiedlung* (wie Anm. 4), S. 8. Die unparteilichere Einschätzung eines polnischen Historikers lautet: „The keynote of the economic policy of the Ulmanis government was the Latvianization of the country’s economy.“ Łossowski, *Minorities* (wie Anm. 3), S. 103.

⁹ PA AA, *Handakten Ha.-Pol.*, Akten betreffend Lettland (*Handakte Clodius*) (August 1934–Oktober 1940), Stand der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Lettland vom 06. 06. 1939.

¹⁰ NA, T-120/3884/K258/K077935-K077936, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; Hehn, *Umsiedlung* (wie Anm. 4), S. 42; Aizsilnieks, *Vēsture* (wie Anm. 1), S. 641.

ar 1935 hatten bereits zu Beschwerden des deutschen Gesandten in Riga geführt.¹¹

Besondere Erbitterung unter der deutschbaltischen Volksgruppe und im Reich sowie Proteste des Auswärtigen Amtes riefen die Wirtschaftsgesetze vom 31. Dezember 1935, die sogenannten „Sylvestergesetze“, hervor. Sie sahen eine Reorganisation der 1934 geschaffenen Industrie- und Handelskammer und die Etablierung einer Handwerkskammer vor, welche der berufsständischen Interessenvertretung dienen und in einem Staatswirtschaftsrat vertreten sein sollte. Die „Sylvestergesetze“ zogen die Schließung von 14 wirtschaftlichen Organisationen und die Konfiszierung der historischen Gebäude der Kleinen und der Großen Gilde, zweier Bauten von hohem emotionalen und kulturgeschichtlichen Wert für die Volksgruppe, nach sich.¹² Lettische Vertreter reagierten auf die Beschwerden der deutschen Diplomaten, welche diese Maßnahmen ob ihres antideutschen Charakters kritisierten, indem sie auf ähnliche Ereignisse in Deutschland verwiesen und die Gleichbehandlung anderer lettischer oder russischer Organisationen betonten. Zudem, so die lettischen Vertreter, müsse eine derartige Maßnahme zum Ausbau des autoritären Staates doch auf Verständnis im nationalsozialistischen Deutschland treffen.¹³

Auch 1937 und 1938 wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Deutschbalten in Lettland durch weitere Gesetze eingeschränkt. Eine Gesetzesänderung zum Vertretergesetz vom 15. Dezember 1937 und die Ausweitung der Liquidationsmöglichkeiten der „Latvijas Kreditbanka“ – eine Liquidierung wurde ohne objektive Voraussetzungen möglich –

¹¹ Edgars Andersons, *Latvijas vēsture 1920–1940. Ārpolitika* (Die Geschichte Lettlands 1920–1940. Außenpolitik). 2 Bde., Stockholm 1982 u. 1984, hier Bd. 1, S. 462; Feldmanis, *Politika* (wie Anm. 6), S. 28; NA, T-120/3884/K258/K077933-K077935, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; Alfred Intelmann, *Aufzeichnungen über das letzte Arbeitsjahr der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland und ihre Umsiedlung*, bearb. v. Jürgen von Hehn. Essen 1984, S. 39ff.

¹² NA, T-120/3884/K258/K 077936, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Lettlands innere Politik (16. 05. 1934–09. 03. 1936), Po. 9/Bd. 7, Jahresübersicht 1935 vom 23. 01. 1936; Aizsilnieks, *Vēsture* (wie Anm. 1), S. 612; Feldmanis, *Politika* (wie Anm. 6), S. 28. Zu den Folgen dieser Gesetze hinsichtlich der reichsdeutschen öffentlichen Meinung sowie der deutsch-lettischen Beziehungen s. LVVA, 2574/4/6508, S. 297ff., Bericht H. Celmiņš an Ulmanis über ein Gespräch mit von Bülow über die Liquidierung der Gilden vom 16. 01. 1936; NA, T-120/119/115/117755-117756, Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow über Gespräch mit dem lettischen Gesandten H. Celmiņš Mitte Januar 1936.

¹³ PA AA, Politische Abteilung, Akten betreffend politische Beziehungen des Baltikums zu Deutschland (20. 05. 1936–17. 07. 1941), Pol. VI, Bericht Nr. 2702/36 Lettland Politisches vom 01. 10. 1936; PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Bericht des Gesandten von Schack über Gespräch mit Ulmanis vom 26. 02. 1937.

durch eine Erweiterung des Kreditgesetzes vom 17. Januar 1938 riefen erneut die deutschen Diplomaten auf den Plan. Diese richteten zwar ernste Warnungen an die lettische Adresse, doch blieben diese Ermahnungen letztlich folgenlos.¹⁴

Die unter anderem vom deutschen Gesandten von Schack erwogene Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen, die darauf abzielte, Druck auf die lettischen Gesetzgeber auszuüben, wurden niemals ernstlich durch das Auswärtige Amt in Betracht gezogen.¹⁵ Die deutsch-lettischen Wirtschaftsbeziehungen waren zu bedeutsam für das Reich, als daß sie wegen der deutsch-baltischen Volksgruppe einer Gefährdung ausgesetzt werden durften. Auch wenn es noch im Oktober 1938 deutsche Beschwerden gab, so ist doch auch hier zu konstatieren, daß die lettische Politik seit dem Münchener Abkommen verstärkt nicht nur nach einem *modus vivendi* mit dem Dritten Reich, sondern auch mit der Führung der deutschbaltischen Volksgruppe suchte.¹⁶ Allerdings berichtete der letzte Präsident der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“, der von der lettischen Regierung anerkannte Führer der deutschbaltischen Volksgruppe, Intelmann, daß einige Gesetze und Beschlüsse der Ulmanis-Regierung aus dem Jahre 1939 ebenfalls eine eindeutig antideutsche Stoßrichtung gehabt hätten.¹⁷

Die lettische Gesetzgebung auf kulturellem Gebiet zog eine wahre Flut von Beschwerden des deutschen Gesandten in Riga und anderer deutscher Diplomaten nach sich. Den „Sylvestergesetzen“ vom 31. Dezember

¹⁴ PA AA, Politische Abteilung, Akten betreffend politische Beziehungen Lettlands zu Deutschland (22. 05. 1936–01. 11. 1938), Pol. VI, Aufzeichnung zu dem Besuch des lettischen Außenministers Munters bei dem Herrn Staatssekretär vom 31. 01. 1938; NA, T-120/119/115/117776-117777, Gespräch des Staatssekretärs von Mackensen mit dem lettischen Außenminister Munters vom 02. 02. 1938; NA, T-120/119/115/117781-117782, Gespräch des Staatssekretärs von Mackensen mit dem lettischen Außenminister Munters vom 24. 03. 1938; PA AA, Büro Staatssekretär, Akten betreffend Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche von L-Z (Januar 1938–Dezember 1938), Gespräch des Staatssekretärs von Weizsäcker mit dem lettischen Außenminister Munters vom 18. 05. 1938.

¹⁵ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Brief des Gesandten von Schack an von Grundherr vom 16. 05. 1936; NA, T-120/3884/K258/K077939-K077941, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Bericht des Gesandten von Schack vom 01. 08. 1936.

¹⁶ PA AA, Handakten Ha.-Pol., Akten betreffend Lettland (Handakte Clodius) (August 1934–Oktober 1940), Telegramm Gesandtschaft Riga vom 31. 10. 1938; Inesis Feldmanis, Aivars Stranga, Mārtiņš Virsis, Latvijas ārpolitika un starptautiskais stāvoklis (30. gadu otrā puse) (Die Außenpolitik Lettlands und die internationale Lage (Die zweite Hälfte der 30er Jahre)). Rīga 1993, S. 38.

¹⁷ Intelmann, Aufzeichnungen (wie Anm. 11), S. 40 ff.

1935 waren die Aufhebung der deutschen Schulautonomie am 12. Juli 1934, das Sprachengesetz vom 5. Januar 1935, welches Lettisch als einzige in der Öffentlichkeit zu nutzende Staatssprache vorschrieb, Beschlüsse zur Einführung der englischen Sprache als erste Fremdsprache in den Schulen sowie Maßnahmen, die das Recht von Kindern aus Mischehen zur freien Schulwahl einschränkten, vorausgegangen. Auch die Beschlagnahme der historischen Archive der „Deutschen Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde“ in Riga, der „Gesellschaft für Literatur und Kunst“ in Jelgava sowie der Gilden waren Schritte, um den deutschen kulturellen Einfluß einzuschränken.¹⁸ Wie von Schack es im Januar 1936 richtig voraussah, führten „die am Sylvestertage erlassenen neuen Wirtschaftsgesetze (...) zwangsläufig“ zu einer erhöhten „Spannung in den deutsch-lettischen Beziehungen“.¹⁹ Nach der Enteignung der Gilden wurde sogar deutscherseits mit einem Abriß dieser Gebäude gerechnet, was allerdings der lettische Außenminister dementierte, da „die lettländische Regierung sich des künstlerischen und historischen Wertes dieser Bauten wohl bewußt“ sei.²⁰ Auch von der Einrichtung einer Kulturkammer, deren Gründung im November 1936 erwartet wurde und welche die Administration in den Bereichen Kultur, Volksbildung und Jugend übernehmen sollte, erwartete die deutsche Gesandtschaft in Lettland zunehmenden Druck auf die deutschbaltische Kulturarbeit. Als dann im Mai 1938 diese Kulturkammer endlich gegründet wurde, schienen sich die deutschen Befürchtungen zu bestätigen, da der lettische Staatspräsident Kārlis Ulmanis anlässlich einer Rede zur Veröffentlichung des Gesetzes einmal mehr hervorhob, „daß es in Lettland nur eine Kultur geben kann – die lettische Kultur, und daß es keinen Platz gibt für eine andere Anschauung als die, daß es innerhalb der Grenzen eines Staates eine Kultur gibt“.²¹

¹⁸ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Lettlands innere Politik (16. 05. 1934–09. 03. 1936), Po. 9/Bd. 7, Jahresübersicht 1935 vom 23. 01. 1936; NA, T-120/3884/K258/K077933–K077936, Bericht Gesandtschaft Riga Lage des Deutschtums vom 09. 04. 1936; Andersons, Vēsture (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 452 ff.; Feldmanis, Politika (wie Anm. 6), S. 28.

¹⁹ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Lettlands innere Politik (16. 05. 1934–09. 03. 1936), Po. 9/Bd. 7, Jahresübersicht 1935 vom 23. 01. 1936.

²⁰ Die Vermutung von Schacks in: NA, T-120/119/115/117761, Aufzeichnung zum Besuch des lettischen Staatssekretärs vom 19. 06. 1936; die Reaktion Munters' in: PA AA, Politische Abteilung, Akten betreffend politische Beziehungen des Baltikums zu Deutschland (20. 05. 1936–17. 07. 1941), Pol. VI, Bericht Nr. 2702/36 Lettland Politisches vom 01. 10. 1936.

²¹ Zit. nach Ādolfs Šilde, Latvijas vēsture 1914–1940. Valsts tapšana un suverēnā valsts (Die Geschichte Lettlands 1914–1940. Die Errichtung des Staates und der souveräne Staat). Stockholm 1976, S. 610f. Vgl. auch PA AA, Handakten Ha.-Pol., Akten betreffend Lettland (Handakte Clodius) (August 1934–Oktober 1940), Telegramm Gesandtschaft Riga vom 13. 11. 1936; PA AA, Politische Abteilung, Akten betref-

Für Verstimmung in den deutsch-lettischen Beziehungen sorgten auch verbale Angriffe lettischer Politiker auf die deutschbaltische Volksgruppe und ihre historische Rolle. So sprach der lettische Bildungsminister Tentelis in einer Rede vor den Angestellten der „Latvijas Kreditbanka“ im Januar 1937 von den „deutschen Kulturträgern, die wichtige Dokumente geraubt und vernichtet, und die lettische Kultur zerstört“ hätten.²² Außenminister Munters kritisierte anlässlich einer Rede zum Gedenken an den lettischen Außenminister Meierovics im Februar 1937 die Rolle, die reichsdeutsche Truppen und die Baltische Landeswehr 1918/19 bei den Freiheitskämpfen gespielt hatten.²³ Die Rede des Präsidenten Ulmanis im Juli 1937 in Liepāja, in der er mit den auf deutsch gesprochenen Worten „nach der Heimat und dem Land der Väter“ auf die angeblichen Wünsche der Deutschbalten anspielte, wurde der lettischen Führung durch das Auswärtige Amt besonders verübelt.²⁴

Selbst scheinbare Kleinigkeiten wie lettische Schulkalender, die nach deutscher Meinung „die Seelen der Kinder in einem deutschfeindlichen Sinne“ beeinflussen würden, oder die lettischen Vorbehalte gegen die Einfuhr deutscher Kalender, die einen besonderen Vermerk am Geburtstag Hitlers trugen, strapazierten die bilateralen Beziehungen.²⁵ Im selben

fend politische Beziehungen Lettlands zu Deutschland (22. 05. 1936–01. 11. 1938), Pol. VI, Aufzeichnung von Grundherrn zum Besuch des lettischen Außenministers Munters vom 13. 05. 1938.

²² PA AA, Politische Abteilung, Länderakten Lettland (15. 08. 1936 – Dezember 1939), Pol. 1/Bd. 160, Jahresbericht 1937 vom 30. 12. 1937.

²³ PA AA, Politische Abteilung, Akten betreffend politische Beziehungen Lettlands zu Deutschland (22. 05. 1936–01. 11. 1938), Pol. VI, Bericht Gesandtschaft Riga über die Rede des Ministers Munters anlässlich des 50. Geburtstags von Zigfrīds Meierovics vom 11. 02. 1937; PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Bericht des Gesandten von Schack über Gespräch mit Ulmanis vom 26. 02. 1937.

²⁴ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Aufzeichnung über Gespräch des Gesandten mit dem Staatspräsidenten Ulmanis vom 25. 08. 1937; ebenda, Gespräch zwischen dem deutschen Gesandten in Riga und dem Staatspräsidenten anlässlich dessen 60. Geburtstag im September 1937; Aufzeichnung des VLR von Grundherrn anlässlich des Besuches des lettischen Außenministers vom 07. 10. 1937, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP). Reihe D, Bd. V, Baden-Baden 1953, S. 349.

²⁵ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Bericht des deutschen Gesandten von Schack über Gespräch mit Munters vom 13. 12. 1937; NA, T-120/119/115/117776, Gespräch des Staatssekretärs von Mackensen mit dem lettischen Außenminister Munters vom 02. 02. 1938; PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Aufzeichnung über Gespräch des Gesandten mit dem Staatspräsidenten Ulmanis vom 25. 08. 1937.

Sinne wirkten auch die Gesetze zur Lettisierung der Schreibweise von Eigennamen und geographischen Bezeichnungen. Ihre Wirkung war im Sinne des gewünschten Zieles – der Vereinheitlichung der lettländischen Kultur – gering, doch schufen solche Gesetze zwischen der deutschbaltischen Volksgruppe und den Vertretern des Reiches auf der einen und der lettischen Führung auf der anderen Seite eine Atmosphäre der Spannung.²⁶

Von besonderer Bedeutung für die deutschbaltische Volksgruppe war das Herder-Institut in Riga, welches als hochschulartige Einrichtung der Deutschbalten besonders durch die Person Wilhelm Klumbers geprägt wurde. Dieser fähige Organisator, der nicht der traditionellen Führungsschicht des Deutschbaltentums entstammte, suchte eine Mittlerrolle zwischen dieser Führungsschicht und der jungen lettischen Elite zu spielen. Gleichzeitig trachtete er danach, sich und dem Herder-Institut Handlungsfreiheit unabhängig von der „Volksgemeinschaft“ zu erhalten.²⁷ Dieses Streben nach Unabhängigkeit, das durch Klumbers Erfolge bei der Suche nach Finanzquellen für das Institut im Reich begünstigt wurde, mußte allerdings zu Konflikten mit der „Volksgemeinschaft“ führen. Die lettische Führung versuchte scheinbar auch, das Herder-Institut zu favorisieren, um einen Trumpf in der Auseinandersetzung mit der „Deutschen Volksgemeinschaft“ in der Hand zu halten.²⁸ Jedoch war das Entgegenkommen der lettischen Regierung begrenzt, denn einem weiteren Ausbau des Herder-Institutes zu einer Universität der Volksdeutschen Osteuropas stand man beispielsweise ablehnend gegenüber. Vorschläge zur Zulassung reichs- und volksdeutscher Studenten ohne lettische Staatsbürgerschaft lehnte die Regierung Ulmanis daher auch ab, und einmal mehr konnte eine Audienz des Gesandten von Schack beim Präsidenten nichts an dieser Entscheidung ändern.²⁹

Das Herder-Institut erhielt massive finanzielle Unterstützung aus dem Reich, da seine Bedürfnisse für Forschung und Lehre bei weitem die Möglichkeiten der deutschbaltischen Volksgruppe überschritten. Von dem

²⁶ Intelmann, Aufzeichnungen (wie Anm. 11), S. 66 ff.; LVVA, 2574/4/6509, S. 44, Bericht Celmiņš an Munters nach Gesprächen auf dem Empfang bei Rosenberg vom 28. 11. 1936.

²⁷ Jürgen von Hehn, Das Herder-Institut zu Riga 1921–1939, in: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1981), S. 496 ff.

²⁸ Ebenda, S. 517 f.; Intelmann, Aufzeichnungen (wie Anm. 11), S. 35.

²⁹ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend politische Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland (03. 07. 1935–08. 01. 1938), Aufzeichnung über Gespräch des Gesandten mit dem Staatspräsidenten Ulmanis vom 25. 08. 1937; PA AA, Politische Abteilung, Länderakten Lettland (15. 08. 1936–Dezember 1939), Pol. 1/ Bd. 160, Jahresbericht 1937 vom 30. 12. 1937.

Budget des Herder-Institutes 1937, welches sich auf nahezu 170 000 Lat belief, stammten nur 22 300 Lat aus deutschbaltischen Kassen, für 82 000 Lat zeichneten das Auswärtige Amt, der VDA und andere staatliche Institutionen des Reichs verantwortlich. Klumberg gelang es sogar, Spenden großer deutscher Industrieunternehmen einzuwerben.³⁰ Diese Förderung durch reichsdeutsche Stellen wurde nicht nur als Beitrag zur Stärkung des deutschen „Volkstums“ in Lettland verstanden, sondern sollte die Erhaltung des deutschen kulturellen Einflusses in diesem Raum sichern.³¹

Neben der kulturellen Tätigkeit der „Deutschen Volksgemeinschaft“, die unter anderem das – nach der Aufhebung der Schulautonomie – finanziell aufwendige deutsche Schulwesen, die Berufsbildung, die Theater und wissenschaftlichen Gesellschaften umfaßte, fand auch die ländliche deutschbaltische Bevölkerung Unterstützung durch Reichsstellen. Da lettische Banken bei der Kreditvergabe nach nationalen Kriterien vorgingen,³² wurde die Gewährung von Darlehen aus dem Reich notwendig, um die deutschbaltischen Wirtschaften auf dem Lande zu stärken. So erhielt z.B. die deutschbaltische Landwirtschaft in Est- und Lettland Kredite von jährlich ca. 150 000 RM.³³ Im völlig gleichgeschalteten Dritten Reich wurde es sogar privaten Organisationen unter Wahrung strengster Vertraulichkeit erlaubt, Spendensammlungen durchzuführen.³⁴ Schätzungen führender Deutschbalten gehen von einer jährlichen Unterstützung aus dem Reich aus, die 35-50% aller Kosten der Kultur- und Deutschtumsarbeit deckte.³⁵ Trotzdem fühlten sich die Deutschbalten nur ungenügend in ihrer Auseinandersetzung mit den Lettisierungsbestrebungen der Ulmanis-Regierung unterstützt. So äußerte sich von Hehn über die Situation in Lettland 1939: „Zwar stiegen die Zuwendungen und Subventionen aus dem Deutschen Reich für die völkische Arbeit, aber jede wirkliche Hilfe darüber hinaus blieb aus, wenn man von einigen entsprechen-

³⁰ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 28 f.

³¹ PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Herderinstitut, Geheim, Brief des Gesandten von Schack an Gesandten Dr. Stieve vom 04. 12. 1937.

³² Straume, Atticibas (wie Anm. 5), S. 162.

³³ S. Aufzeichnung des Legationsrates Schwager (Kulturpolitische Abteilung) betreffend die Finanzierung der Aufgaben der Vereinigten Finanzkontore vom 23. 12. 1937, in: ADAP, D, Bd. VII, Baden-Baden 1956, S. 527. Vgl. auch PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Lettlands innere Politik (21. 03. 1936–18. 03. 1939), Po. 9/ Bd. 8, Kulturpolitischer Jahresbericht 1937 vom 30. 01. 1938; Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 28 f.

³⁴ Über die Sammlung der „Baltenhilfe“ des Dr. Worms berichtet ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern vom 12. 03. 1938, in: ADAP, D, Bd. V (wie Anm. 24), S. 356.

³⁵ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 30.

den Presseartikeln oder gelegentlichen, reichlich vorsichtigen Protesten, etwa des Deutschen Gesandten, absieht (...).³⁶

Die minderheitenfeindliche Gesetzgebung der lettischen Regierung mag schwerwiegende Auswirkungen auf die deutschbaltische Volksgruppe gehabt haben; doch auch die jahrelange Auseinandersetzung in der Volksgruppe zwischen der sogenannten „Bewegung“ und der traditionell konservativen und die Nationalsozialisten ablehnenden Führung der „Deutschen Volksgemeinschaft“ zerstörte zunehmend den Zusammenhalt der Deutschbalten.³⁷ Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und die beginnende Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen in Europa hatten bis 1935 zu den Rücktritten des liberalen Paul Schiemann und des konservativen Wilhelm von Rüdiger als Präsident der „Deutschbaltischen Volksgemeinschaft“ geführt.³⁸ Die spätestens seit der Errichtung des autoritären Regimes in Lettland im Mai 1934 in die Illegalität gedrängte nationalsozialistische „Bewegung“ unter Führung Dr. Erhard Krögers wurde von der lettischen Regierung mißtrauisch als Keimzelle einer „Fünften Kolonne“ betrachtet. Die zum Teil in der Presse ausgetragene Auseinandersetzung zwischen der „Bewegung“ und der deutschbaltischen Führung, die durch das Auftreten der „Bewegung“ eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zur lettischen Führung befürchtete, konnte kaum dazu beitragen, das lettische Vertrauen in die Staatsloyalität der Volksgruppe wiederherzustellen.³⁹ Die Anhängerschaft der „Bewegung“ wuchs mit den innen- und außenpolitischen Erfolgen des nationalsozialistischen Deutschland. Der Machtzuwachs des Reiches wie auch der wirtschaftliche und kulturelle Druck, der durch die autoritäre lettische Regierung auf die Volksgruppe ausgeübt wurde, ließen eine steigende Zahl von Deutschbalten auf eine effektivere und stärkere Unterstützung durch das Reich hoffen.⁴⁰

³⁶ Ebenda, S. 59. Vgl. auch die Notiz betreffend die deutsche Volksgruppe in Lettland des Vortragenden Legationsrates (VLR) von Twardowski vom 06. 02. 1939, in: ADAP, D, Bd. V (wie Anm. 24), S. 428.

³⁷ Herbert Petersen, Der grosse Aufbruch. Die Umsiedlung und ihre politische Vorgeschichte, in: Baltische Briefe 11 (1964), S. 15; Hans von Rimscha, Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich. Am Beispiel der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland, in: Historische Zeitschrift 182 (1956), S. 51.

³⁸ Hans von Rimscha, Paul Schiemann als Minderheitenpolitiker, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956), S. 48; Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 3. Aufl., München 1977, S. 161; Andersons, Västure (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 460.

³⁹ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 34; Edgars Andersons, The Role of the Baltic States between the USSR and Western Europe, in: East European Quarterly 4 (1973), S. 385; Feldmanis (u.a.), Ärpolitika (wie Anm. 16), S. 38.

⁴⁰ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 35; Rimscha, Gleichschaltung (wie Anm. 37), S. 52ff.

Diese inneren Auseinandersetzungen in der Volksgruppe komplizierten auch die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der Republik Lettland. Der deutsche Gesandte in Riga, von Schack, wies warnend auf die Spannungen hin und versuchte, eine Einigung zwischen beiden Flügeln herbeizuführen, indem er mit der Einstellung der Subventionen des Reiches drohte.⁴¹ Dennoch waren es Einflüsse verschiedener Organisationen des Reiches, die einen Ausgleich verhinderten. Kroeger, der Führer der „Bewegung“ mit ausgezeichneten Verbindungen zu Himmler und Heydrich, suchte die „Volksgemeinschaft“, aber auch das Herder-Institut und die Landesgruppe der Auslandsorganisation (AO) unter seine Kontrolle zu bringen. Während Kroeger Unterstützung bei der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) fand, die seit 1937 unter der Ägide der SS die „Volkstumspolitik“ führte, wurde Klumberg durch die Landesgruppe der AO, geführt durch Henry Esp, unterstützt. Beide Seiten brachten ihre Beschwerden in Berlin vor und trugen damit den Konflikt, der teilweise sehr persönlich geführt wurde, auf die Ebene der Reichspolitik.⁴² Im Interesse der nationalsozialistischen Außenpolitik wurde in Berlin versucht, eine einheitliche Politik in der Volksgruppe unter Führung der VoMi durchzusetzen. Diese sollte die politischen Ziele des Reiches in Lettland, die in Berlin immer höher gewertet wurden als das Wohl der Volksgruppe, nicht gefährden. Die VoMi wurde mit der maßgebenden Leitung der Volksgruppe beauftragt und sollte „das Hochkommen des Nationalsozialismus überwachen, dabei aber Schwierigkeiten mit den fremden Staaten nach dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers streng vermeiden. Sie wird also, wenn nötig schlichtend eingreifen, die jungen Kräfte mit warmen Herzen pflegen, die alten jedoch gleichfalls nicht zurückstoßen, sondern versuchen, sie allmählich zum Nationalsozialismus hinüberzuführen“.⁴³ Eine Gefährdung der bilateralen Bezie-

⁴¹ Bereits in seinem Jahresbericht 1934 wies der Gesandte in Riga auf die offen ausgetragenen Konflikte zwischen der Führung der „Volksgemeinschaft“ und der „bewegten“ Jugend hin, wobei diese Warnungen wiederholt in den Berichten des Gesandten bis zur Übernahme der Präsidentschaft der „Volksgemeinschaft“ durch Intelmann erschienen. PA AA, Gesandtschaft Riga, Akten betreffend Lettlands innere Politik (16. 05. 1934–09. 03. 1936), Po. 9/Bd. 7, Jahresbericht 1934; ebenda, Jahresübersicht 1935 vom 23. 01. 1936; PA AA, Politische Abteilung, Länderakten Lettland (15. 08. 1936–Dezember 1939), Pol. I/Bd. 160, Jahresbericht 1937 vom 30. 12. 1937.

⁴² Hehn, Herder-Institut (wie Anm. 27), S. 520f.; ders., Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 49.

⁴³ Gleichzeitig wurden der VDA der VoMi unterstellt und Kontakte anderer Institutionen zur Volksgruppe ohne Kenntnis der VoMi als nicht wünschenswert charakterisiert. Aufzeichnung des VLR von Twardowski vom 14. 01. 1937, in: ADAP, C, Bd. VI.1, Göttingen 1981, S. 301ff.; Aufzeichnung des Gesandten Stieve vom 01. 02. 1937, in: Ebenda, S. 373f. Gleichlautend äußerte sich der deutsche Gesandte

hungen war akut, da die lettische Führung nicht bereit war, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Lettlands hinzunehmen.⁴⁴ So ging man im März 1936 mit Verhaftungen gegen Kroeger und seine Anhänger vor, in denen man Vertreter fremder Ideen und Interessen erblickte.⁴⁵

Die Einschätzung des lettischen Gesandten in Warschau, Ēķis, die „deutsche Minorität (...) in unserem Land ist der gefährlichste Stützpunkt einer fremden Macht für uns, von dem man beginnen kann, Druck von außen und innen auszuüben“, widerspiegelt den Eindruck, den die lettische Regierung seit Mitte der 30er Jahre von den Deutschbalten hatte.⁴⁶ Man bezweifelte in Riga die Loyalität der deutschbaltischen Volksgruppe, die nach lettischer Ansicht noch immer nicht ihre Verluste bei der Agrarreform der 20er Jahre verwunden hatte und nach der Wiederherstellung ihrer Herrschaft über die Letten trachtete.⁴⁷ Für die deutschbaltische Seite bestätigt von Hehn, daß diese Zweifel berechtigt waren: „Die Loyalität dem lettländischen Staat gegenüber war für weite Kreise des baltischen Deutschtums, insbesondere der Oberschicht, kaum mehr als ein durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges erzwungenes und formelles Bekenntnis; seitdem war wenig geschehen, um die innere Einstellung der baltischen Deutschen zu wandeln, im Gegenteil, die Politik des autoritären lettischen Regimes hatte die Haltung der Deutschen gegenüber dem Staat verhärtet (...)“.⁴⁸ Die lettische Führung war insbesondere nicht bereit, der deutschbaltischen Volksgruppe Sonderrechte einzuräumen, welche diese durch den Druck Deutschlands zu erreichen gedach-

in Tallinn, Frohwein, der durch den Aktionismus der nationalsozialistisch beeinflussten deutschbaltischen Jugend die – im Verhältnis zu den deutsch-lettischen – weitaus besseren Beziehungen zur estnischen Regierung ernsthaft gefährdet sah. Bericht des Gesandten Frohwein über die Haltung der deutschen Volksgruppe im Falle eines europäischen Krieges vom 07. 10. 1938, in: ADAP, D, Bd. V (wie Anm. 24), S. 393 f.

⁴⁴ So kennzeichnete der lettische Präsident Ulmanis anlässlich einer Audienz für die deutschbaltische Führung die „Bewegung“ gegenüber Kroeger. Vgl. Jürgen von Hehn, Zum deutsch-lettischen Verhältnis im Jahre 1939. Drei Berichte des Präsidenten der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“ A. Intelmann über seine Audienzen beim lettländischen Staats- und Ministerpräsidenten K. Ulmanis, in: Zeitschrift für Ostforschung 23 (1974), S. 673.

⁴⁵ NA, T-120/3884/K258/K077861, Telegramm der Gesandtschaft Riga vom 13. 03. 1936; ebenda, K 077912-K 077917, Bericht Gesandtschaft Riga A – 316 Verhaftung von Erhard Kroeger und seiner Anhänger vom 18. 03. 1936; ebenda, K 077897, Presseauszug „Wer sind die Führer der geheimen deutschen Bewegung in Lettland“ vom 23. 03. 1936.

⁴⁶ LVVA, 2574/4/7679, S. 14, Bericht des lettischen Gesandten in Warschau, Ēķis, an den lettischen Außenminister Munters vom 01. 05. 1939.

⁴⁷ LVVA, 2574/3/3079, S. 60, Referat von Edgars Krieviņš auf der Gesandtenkonferenz 1935; LVVA, 2574/4/7679, S. 189, Information von Munters für Krieviņš über ein Gespräch mit von Kotze Mitte April 1939.

⁴⁸ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 55.

te.⁴⁹ Der Druck des Reiches zugunsten der sich als „Bürger zweiter Klasse“ fühlenden Deutschbalten, der sich immer wieder in den Gesprächen zwischen reichsdeutschen und lettischen Diplomaten bzw. Politikern manifestierte, wurde in Riga als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Lettlands angesehen und zurückgewiesen.⁵⁰ Die zunehmende Nazifizierung der Volksgruppe, die politische Haltung der Jugend und ihre militärischen Übungen wurden als erneuter Versuch gewertet, sich von der lettischen Kultur zu distanzieren und – durch eine ausländische Macht gesteuert – ein fremdes Element, fremde Ideen und eine fremde Mentalität in das gesellschaftliche Leben Lettlands einzuführen.⁵¹ Die Ulmanis-Regierung forderte völlige Loyalität als Voraussetzung für weitere Gespräche über die „kleinen Wünsche“ der Deutschbalten.⁵²

Es bleibt zu klären, ob die deutschbaltische Volksgruppe in Lettland ein „großes Hindernis“ für die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Lettland darstellte.⁵³ Die Gespräche über die lettische Gesetzgebung machten zwar einen großen Teil der Treffen zwischen lettischen und reichsdeutschen Vertretern aus, da die Gesetze nach deutschbaltischer und reichsdeutscher Ansicht gegen die Volksgruppe gerichtet waren. Trotzdem war die Behandlung der Volksgruppe letztlich nicht ausschlaggebend für das Verhalten des Dritten Reichs gegenüber Lettland. Es mag sein, daß eine weniger restriktive lettische Minderheitenpolitik, wie sie z.B. seit 1935 in Estland praktiziert wurde, seltener Anlaß zu Vorsprachen der deutschen Vertreter in Riga im Außenministerium oder beim Staatspräsidenten geboten hätte. Letztlich mißtrauten die Berliner Stellen den Letten, da diese bekanntlich das Dritte Reich neben der Sowjetunion als Feind Nr. 1 ansahen. Eine klare Stellungnahme, wie

⁴⁹ LVVA, 2574/4/6508, S. 129, Bericht des lettischen Gesandten Celmiņš an Ulmanis über ein Gespräch mit von Bülow vom 04. 02. 1936; LVVA, 2574/4/7467, S. 160, Bericht des lettischen Gesandten Krieviņš an Munters über Gespräch mit dem Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Lorenz, vom 30. 04. 1939.

⁵⁰ LVVA, 2574/4/6508, S. 119, Mitschrift des Gespräches zwischen dem Generalsekretär im lettischen Außenministerium Munters und dem Gesandten von Schack am 31. 01. 1936; LVVA, 2574/4/7467, S. 138, Bericht des lettischen Gesandten Krieviņš an Munters vom 27. 04. 1939; LVVA, 2574/4/7467, S. 161, Bericht des lettischen Gesandten Krieviņš an Munters über ein Gespräch mit dem Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Lorenz, vom 30. 04. 1939.

⁵¹ NA, T-120/119/115/117759, Aufzeichnung über ein Gespräch von Neuraths mit Munters vom 20. 06. 1936; LVVA, 2574/4/7467, S. 162, Bericht des lettischen Gesandten Krieviņš an Munters über ein Gespräch mit dem Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Lorenz, vom 30. 04. 1939; LVVA, 2574/4/7679, S. 189, Information von Munters für Krieviņš über ein Gespräch mit von Kotze Mitte April 1939.

⁵² LVVA, 2574/4/7467, S. 128, Bericht des lettischen Gesandten Krieviņš an Munters über ein Gespräch mit dem Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Lorenz, vom 24. 04. 1939.

⁵³ Feldmanis (u.a.), *Ärpolitika* (wie Anm. 16), S. 37.

sie das Dritte Reich von Estland seit Mitte der 30er Jahre immer wieder erhalten hatte, daß man sich nur auf einen Angriff aus östlicher Richtung vorbereite, und eine entsprechende Pressepolitik Lettlands hätten dieses deutsche Mißtrauen vielleicht zerstreuen können.⁵⁴ Man wäre in Berlin bereit gewesen, die Belange der Volksgruppe noch stärker zu vernachlässigen, wenn Lettland bereits frühzeitig die Position einer „wohlwollenden“ Neutralität gegenüber Deutschland eingenommen hätte. Auch aufgrund seiner wirtschaftlichen Interessen war das Reich nicht bereit, außer verbalen Protesten irgendwelche Schritte zur Verbesserung der Lage der Deutschbalten einzuleiten. Man förderte die materielle Weiterexistenz und ideell die Gleichschaltung der Volksgruppe. Darüber hinaus war Berlin in den 30er Jahren ebensowenig bereit, Reichsinteressen politischer und wirtschaftlicher Natur aufs Spiel zu setzen, wie zu Zeiten der Weimarer Republik. Lettland war zu wichtig, um es in die Arme anderer Mächte zu treiben. Die deutschbaltische Volksgruppe wurde in der Realpolitik des Dritten Reiches nicht als ein ernsthaftes Hindernis für gute Beziehungen zu Lettland angesehen.

⁵⁴ In diesem Zusammenhang kann nicht näher auf die deutsch-estnischen Beziehungen eingegangen werden. Es sei nur verwiesen auf das Kapitel „Igaunijas savrūpā gaita“ („Estlands eigener Weg“) in: Feldmanis (u.a.), *Ārpolitika* (wie Anm. 16), S. 82-93.